Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Putins Trolle
2. Irak
3. WM
4. Verfassungsschutz und US-Geheimdienste unter einer Decke
5. USA: Chefs verdienen 300 Mal so viel wie Normalos
6. Guter Klang, aber schlechte Folgen für Europas Arbeitnehmerschaft
7. Alarm am britischen Wohnungsmarkt
8. Grüne Gentechnik
9. Die Grenzen der Meinungsfreiheit
10. Europawahl: So haben GewerkschafterInnen gewählt
11. Piketty Hype " im „Ökonomischen Alphabetsierungsprogramm" des pad-Verlags
12. M. Rosenbach – Der NSA-Komplex
13. Vom großen Reichtum in den Händen einer kleinen Schicht

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Putins Trolle**
   "US-Democracy = Death": Hunderte bezahlte Manipulatoren versuchen, weltweit die Meinung in sozialen Netzwerken und in Kommentar-Bereichen wie auch bei Süddeutsche.de im Sinne des Kreml zu beeinflussen. Das bestätigen erstmals Strategiepapiere, die Hacker abgefangen haben. […]
   Aus den mehr als 138 Megabyte Daten, die die Süddeutsche Zeitung ausgewertet hat, ergibt sich erstmals ein umfassendes Bild davon, wie Scharen bezahlter Manipulatoren vorgehen, um die Meinung in den Kommentar-Bereichen großer Nachrichtenportale zu dominieren, Debatten in sozialen Netzwerken zu stören und Communitys der Gegenseite zu zersetzen. Im Schutz der Anonymität sind sie von gewöhnlichen Diskutanten und einfachen Provokateuren – sogenannten Trollen – kaum zu unterscheiden. […]
   Zwar sind zweifellos auch Menschen im Westen aufrichtig dieser Meinung. Allerdings sind sie allen seriösen Umfragen nach in der Minderheit: Laut Allensbach-Institut

bekennen gerade einmal acht Prozent der Deutschen, sie hätten “eine gute Meinung von Putin” (das entspricht etwa dem Ergebnis der Linkspartei bei der jüngsten Bundestagswahl). […]
Die Kommentarflut, egal ob auf Spiegel oder Zeit Online, Süddeutsche.de oder bei der ARD, aber erweckt den Eindruck, man stehe mit seiner Meinung alleine da, wenn man die Annexion der Krim als solche verurteilt – ein auffälliges Missverhältnis.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung JB: *Starker Tobak. Niemand bezweifelt ernsthaft, dass es auch in Russland PR-Agenturen gibt, die mit unlauteren Mitteln in Sozialen Netzwerken und den Kommentarbereichen von Online-Medien Meinungsmache betreiben. Dies ist ohne wenn nun aber zu kritisieren. Nun so zu tun, als sei dies ein russisches Phänomen, ist jedoch unlauter. „Astroturfing“, wie dieses Vorgehen in der PR genannt wird, ist ein sehr bekanntes Problem. Die Deutsche Bahn zahlte beispielsweise 2007 knapp 1,3 Mio. Euro für die „verdeckte Beeinflussung der Öffentlichkeit“ – dabei wurden u.a. die Kommentarbereiche der großen Nachrichten-Portale von bezahlten Schreiberlingen mit Pro-Bahn-Beiträgen geflutet. Legendär sind die Versuche Israels mit unlauteren Mittel Online-Debatten und -Umfragen im eigenen Sinne zu manipulieren. Die USA sind bei solchen Aktionen natürlich auch mit dabei. Und spätestens seit den Snowden-Enthüllungen sollte klar sein, dass jenseits des Atlantiks sehr professionell an der Manipulation von Online-Debatten gearbeitet wird. Um nicht missverstanden zu werden: Es macht die russischen Manipulationsversuche um kein Jota besser, wenn auch Israel und die USA zu solchen Mitteln greifen. Zu kritisieren sind sämtliche Manipulationsversuche.*

Der Artikel ist der Süddeutschen ist hochgradig manipulativ. Man berichtet zunächst formal korrekt über die Enttarnung einer russischen PR-Firma, die den Unterlagen zufolge in den USA bei Online-Debatten manipuliert haben soll. Das ist ok und auch informativ und interessant. Dann dreht man die Story jedoch, so dass beim Leser der Eindruck entstehen muss, diese oder ähnliche PR-Firmen seien auch für Online-Kommentare verantwortlich, die in deutschen Medien – vor allem natürlich in der SZ selbst – abgesetzt wurden. Dafür hat die SZ jedoch ganz offenbar nicht den geringsten Hinweis. Technisch wäre es ohne Probleme möglich, die geographische Herkunft der Kommentatoren anhand der IP-Adresse zu bestimmen. Und selbst Hilfsmittel zur Verschleierung (wie z.B. Proxys) lassen sich zumindest als solche feststellen, auch wenn man dann nicht mehr so einfach herausfindet, wer am anderen Ende sitzt. Man findet jedoch heraus, dass derjenige seine Herkunft verschleiert.

Wenn die SZ also mutmaßt, die kritischen Leserkommentare in ihrer Onlineausgabe

kämen von „Putins Trollen“, so könnte sie dies ohne gegen geltende Gesetze zu verstoßen, anhand der Logfiles ihrer IT-Abteilung (oder wer sonst bei der SZ dafür zuständig ist) auch handfest belegen. Dies tut die SZ jedoch nicht und man muss davon ausgehen, dass sie es deshalb nicht tut, weil sie diese Belege nicht erbringen kann, da die Theorie schlich falsch ist.

Liebe SZ, ich lasse mich gerne vom Gegenteil überzeugen. Wenn Sie anhand der Logfiles belegen können, dass kritische Leserkommentare auffällig häufig aus dem russischen IP-Raum oder über Proxys o.ä. kommen, dann werde ich mich bei Ihnen hoch offiziell entschuldigen und Asche auf mein Haupt streuen. So lange dies nicht der Fall ist, unterstelle ich Ihnen jedoch vorsätzliche Manipulation.

***Anmerkung eines Lesers:** “Laut Allensbach-Institut bekennen gerade einmal acht Prozent der Deutschen, sie hätten “eine gute Meinung von Putin” (das entspricht etwa dem Ergebnis der Linkspartei bei der jüngsten Bundestagswahl).“*
Also bitte – was wird denn da für ein Zusammenhang hergestellt? Linke-Wähler sind Putin-Unterstützer?

2. **Irak**
   a. **Wo ist die Koalition der Reuigen?**
   Mit jedem Meter, den die Terroristen im Nordirak vorrücken, zerbricht die uns bekannte Ordnung im Nahen Osten. Schuld daran sind keinesfalls allein die USA. […]
   Wenn etwas so katastrophal schiefgeht, dann muss die Frage erlaubt sein, wer eigentlich schuld daran ist. Daraus kann man dann auch schließen, wer nun etwas tun muss.
   Viele würden nun instinktiv mit dem Finger nach Washington zeigen. Das muss man auch, aber es gibt zwei Staaten, die am Aufstieg von Isis wesentlich Mitschuld tragen: Iran und Russland. Der Erfolg der Terroristen ist unzweifelhaft eine Folge ihrer Hilfe für Baschar al-Assad, Präsident von Restsyrien. Assad führt seit 2011 Krieg gegen das eigene Volk. Das konnte er nur tun, weil er von Russland mit Waffen gratis hochgerüstet wurde. Und weil Iran ihm mit Truppen, Waffen und Beratern in Syrien beiseite stand.
   Quelle: ZEIT

   ***Anmerkung JB:** Die ZEIT dreht sich die Welt mal wieder so, wie es ihr gefällt. Nun sollen als Russland und Iran dafür zur Verantwortung gezogen werden, dass der Westen und die Araber – ohne Sinn und Verstand – die Islamisten in Syrien unterstützt hat? Dazu fällt einem nun wirklich gar nichts mehr ein. Aber eins*

muss man Herrn Thumann lassen: Auf so was muss man auch erst mal kommen!

b. **Die Schuld der "neuen Europäer"**
Zehn Jahre nach dem Irak-Krieg sind die Islamisten auf dem Vormarsch. Gleichzeitig ducken sich die Anhänger des US-Feldzugs – darunter EU-Kommissionschef Barroso und Kanzlerin Merkel – weg. Sie wurden für ihre Fehler nie zur Rechenschaft gezogen. Gelernt haben sie auch nichts.
Quelle: Lost in EUrope

3. **WM**
   a. **„Es wird keine WM geben"**
   Im Juni 2013 artikulierte sich in Brasilien erstmals massenhaft öffentliche Kritik an den horrenden staatlichen Ausgaben für die Fußball-WM. Ein Beitrag von Claudia Fix.
   Mit dem Ende des Confederations Cup wurde die Beteiligung an den Demonstrationen wieder deutlich geringer. Doch die Kritik an einer „WM nach FIFA-Norm" und ihrer Umsetzung durch die Regierung von Dilma Rousseff ist bisher nicht verstummt, sondern hat sich radikalisiert. Die Regierungschefin ist seither auf Schlingerkurs – mal sucht sie den Dialog mit den sozialen Bewegungen, mal droht sie, das Militär bei möglichen Protesten während der WM einzusetzen. Ihre Position wird im Laufe dieses Jahres nicht einfacher, denn im Oktober sind Präsidentschaftswahlen.
   Quelle: BIG Business Crime via Der Freitag

   siehe auch: **Gekaufte Spiele: Aufzeichnungen einer öffentlichen Veranstaltung in Frankfurt am Main**
   Traum oder Albtraum
   Die sozialen Unruhen in vielen brasilianischen Städten und Regionen im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft. Von Claudia Fix, Redaktionsmitglied der Lateinamerika-Nachrichten in Berlin
   Mythos Maracanã
   Die Geschichte des legendären Stadions in Rio de Janeiro ist mehr als ein Fußballmärchen. Von Thomas Fatheuer, Vorstandsmitglied bei Kooperation Brasilien e.V. (KoBra)
   Weltkonzern Fußball
   Das System Blatter und Fußball als Modernisierungsmythos. Ein Vortrag von Jens Weinreich, Sportjournalist und FIFA-Kritiker
   Quelle: BIG Business Crime via Der Freitag

   b. **Zwischen Diktatur und Demokratiebewegung**

WM 1970 – Während des WM-Erfolgs regierte die brutale Militärdiktatur in Brasilien. Doch auch durch die Verbindung von Fußball und Politik begann der demokratische Umbruch im Land
1969 war ein turbulentes Jahr für die sich konsolidierende und brutalisierende Militärdiktatur in Brasilien. Mit der Verkündung einer Art Notstandsgesetzgebung (dem AI 5) im Jahre 1968 hatte sich die „harte Linie“ endgültig durchgesetzt. Im Juni 1969 erkrankte Präsident Costa e Silva so schwer, dass er sein Amt nicht mehr ausüben konnte. Die Militärs setzten alles daran, die Amtsübergabe an einen zivilen Vizepräsidenten zu verhindern. Am 31. August wird durch eine Verfassungsänderung (AI 12) eine Militärjunta unter Führung von Ernesto Medici installiert. Am selben Tag treffen die Fußballmannschaften von Brasilien und Paraguay im Maracanã-Stadion in Rio de Janeiro aufeinander. Es ist das letzte und entscheidende Spiel für die Qualifikation und geht in die Geschichte als das Spiel mit der höchsten offiziell registrieren ZuschauerInnenzahl in die Geschichte des brasilianischen Fußballs ein: über 180.000 erleben den 1:0-Sieg Brasiliens und die Qualifikation für die Fußballweltmeisterschaft der Männer 1970 in Mexiko.
Quelle: BIG Business Crime via Der Freitag

4. **Verfassungsschutz und US-Geheimdienste unter einer Decke**
Vor allem der CIA werden vom deutschen Inlandsgeheimdienst Daten geliefert, angebliche Terrorbekämpfung muss als Rechtfertigung für die gute Zusammenarbeit herhalten
Der schon unter der schwarz-gelben Bundesregierung praktizierte Unwille, die anlasslose Massenüberwachung der Kommunikationsdaten von Deutschen seitens der amerikanischen und anderer Geheimdienste zu beenden, hat die schwarz-rote Regierung fortgesetzt. Es wird Druck auf den Untersuchungsausschuss wegen der geplanten Anhörung von Snowden ausgeübt und schon einmal erklärt, dass die Aufklärungsbereitschaft sehr begrenzt sein wird. Der Generalbundesanwalt wollte schon alle Vorermittlungen einstellen und konnte sich dann nur dazu durchringen, lediglich Ermittlungen wegen des abgehörten Kanzler-Handys aufzunehmen, die vermutlich gleich wieder im Sand verlaufen werden (Der Generalbundesanwalt, der zum Jagen getragen werden musste). Der BND wird mehr Geld erhalten, um noch umfangreicher etwa auch in sozialen Netzwerken lauschen zu können. Und der Bundesverfassungsschutz, der eigentlich auch Auslandsspionage abwehren soll, liefert lustig und immer mehr Daten an die amerikanischen Geheimdienste.
Quelle: Telepolis
5. **USA: Chefs verdienen 300 Mal so viel wie Normalos**
US-Firmenchefs verdienen fast 300 Mal so viel wie normale Arbeiter. Seit 1978 ist ihr

Einkommen astronomisch gewachsen. Während die CEOs von ihren Gagen profitieren, kommen die Löhne ihrer Mitarbeiter kaum vom Fleck.
Washington, DüsseldorfVon Krise keine Spur: Wer als Chef einer US-Firma arbeitet, kann sich wirklich glücklich schätzen. Denn: Sein Einkommen hat sich laut einer Studie seit 1978 praktisch verzehnfacht. Das schreibt das gewerkschaftsnahe Wirtschaftsinstitut Economic Policy Institute (EPI) in der am Donnerstag veröffentlichten Untersuchung.
Die Chef-Gehälter aus Boni und Aktienoptionen sind demnach zwischen 1978 und 2013 um 937 Prozent angestiegen. Das Verdienstgefälle zu normalen Arbeitern ist besonders krass: Ihr Gehalt ist im selben Zeitraum nur um 10,2 Prozent angestiegen, wie es in der EPI-Studie heißt.
So verdienten die CEOs in Übersee im vergangenen Jahr im Schnitt 15,2 Millionen Dollar, was rund 295 mal so viel ist wie das Gehalt ihrer Mitarbeiter. 1978 verdiente ein Chef nur rund das dreißigfache seiner Untergebenen.
Quelle: Handelsblatt

6. **Guter Klang, aber schlechte Folgen für Europas Arbeitnehmerschaft – Wie die EU-Kommission mit REFIT Etikettenschwindel betreibt**
    - Beteiligung am Arbeitsplatz ist in Europa ein Grundrecht. Mit der Europäischen Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung und Anhörung werden dazu Standards in den EU- Mitgliedsstaaten gesetzt.

    - Mit dem sogenannten “REFIT for Growth” will die EU-Kommission ihr politisches Ziel von „Better Regulation“ und „Simplification“ umsetzen. Vorgeblich sollen vor allem Klein- und Mittelunternehmen Europas von unnötigen bürokratischen Regelungen entlastet werden.

    - Eine Studie des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI) zeigt, dass diese Größenklasse gar nicht übermäßig von dieser „Last Arbeitnehmerbeteiligung“ betroffen ist.

    - Deshalb liegt auch eine andere Bewertung von REFIT nahe: Die EU-Kommission will unter falschen Etikett die Mitwirkungsmöglichkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückdrängen – ein weiterer Anschlag auf das sowieso schon immer geringer werdende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Soziale Europa!

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung Report Mai 2014 [PDF]

Dazu: **Scheidende EU-Kommission stellt Regeln zur Beteiligung am Arbeitsplatz in Frage**
Die scheidende EU-Kommission stellt Regeln zum Schutz und zur Beteiligung von Arbeitnehmern auf den Prüfstand. Die Argumente und Verfahren dafür sind fragwürdig, zeigt eine neue Untersuchung. (Siehe oben, WL)
Mehr demokratische Beteiligung war ein großes Thema bei der Europawahl. Erstmals soll das Ergebnis bei der Kür des Kommissionspräsidenten berücksichtigt werden. Bei der Teilhabe am Arbeitsplatz scheint der Trend indes in die Gegenrichtung zu laufen: Unter dem Titel "Refit – Fit for Growth" überprüft die amtierende Kommission europäische Richtlinien. Erklärtes Ziel: "Bürokratieabbau", vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Doch dabei könnten wichtige Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden, warnt Dr. Norbert Kluge, Mitbestimmungsexperte in der Hans-Böckler-Stiftung….
Eine weitere Initiative, die mit dem "Refit"-Programm zumindest indirekt zu tun hat, vertieft die Skepsis der Forscher: Kürzlich hat die Kommission das umstrittene Projekt einer "Ein-Personen-Gesellschaft" (SUP) wiederbelebt. Solche Unternehmen mit einem Alleingesellschafter sollen per Online-Registrierung ohne Identitätsprüfung mit einem Mindestkapital von nur einem Euro gegründet werden können (siehe auch die Hintergrundinformationen). Das Vorhaben blieb 2008 laut ETUI im europäischen Gesetzgebungsprozess stecken, damals noch unter dem Namen "Europäische Privatgesellschaft". Deutschland und Schweden hatten schwerwiegende Bedenken gegen die Seriosität der geplanten Rechtsform im Verhältnis zu Beschäftigten, Kunden und Gläubigern. Im Oktober 2013 wurde der ursprüngliche Vorschlag im Rahmen von "Refit" zurückgezogen. Nun habe die Kommission einen zweiten Anlauf gestartet – auf anderer rechtlicher Basis, sodass diesmal bei der Abstimmung unter den Mitgliedsländern keine Einstimmigkeit erforderlich sei.
Hintergrund: Umstrittene SUP
Mit der europäischen Ein-Personen-Gesellschaft (Societas Unius Personae, SUP) will die EU-Kommission Unternehmern die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland erleichtern. Anfang April hat sie einen Vorschlag für eine Richtlinie vorgelegt. Er sieht vor, dass sich solche Unternehmen mit einem Gesellschafter innerhalb von nur drei Werktagen online registrieren lassen können und ein Mindestkapital von nur einem Euro nachweisen müssen. Außerdem sollen sie die Möglichkeit haben, den rechtlichen Firmensitz ("Satzungssitz") und den Ort des operativen Geschäfts zu trennen. Dadurch kann sich der Gründer einen EU-Staat aussuchen, nach dessen Rechtsregeln er sich richtet.
Der Kommissionsvorschlag ist umstritten. So lehnt ihn der DGB ab, weil damit der Wettlauf um niedrigste Steuern und Sozialstandards weiter angetrieben werde. Die

SUP könnte dazu genutzt werden, Mitbestimmungsrechte zu umgehen. Auch das bayerische Justizministerium warnt vor einem "Wettbewerb nach unten", der nicht den Mittelstand fördere, "sondern die Entstehung zwielichtiger Briefkastengesellschaften".
Quelle: Pressmitteilung der Hans-Böckler-Stiftung

7. **Alarm am britischen Wohnungsmarkt**
In London gehen die Immobilienpreise durch die Decke. Kürzlich wurde im Nobelstadtteil Kensington ein Luxusappartement für umgerechnet mehr als 170 Millionen Euro verkauft – auch das ist eine neue Höchstmarke auf der Insel. Nach Berechnung der britischen Bausparkasse Nationwide lagen im April die Wohnungspreise in der britischen Hauptstadt um 18 Prozent über dem Vorjahresniveau. In den vergangenen fünf Jahren sind die Werte von Wohnimmobilien in London um mehr als die Hälfte geklettert.
Auch Großbritannien insgesamt lässt, was die Häuserpreise angeht, den europäischen Kontinent weit hinter sich. Die Ratingagentur Standard & Poor's prognostiziert, dass Wohnimmobilien auf der Insel dieses Jahr um weitere 7 Prozent teurer werden – das wäre aller Voraussicht nach ein einsamer Spitzenwert in der Europäischen Union. Allerdings verdecken solche landesweiten Durchschnittswerte starke regionale Unterschiede. Während vor allem in London und im Südosten die Preise stark steigen, liegt die jährliche Wertsteigerung im Rest des Landes mit 4,7 Prozent deutlich niedriger.
Quelle: FAZ
8. **Grüne Gentechnik**
Obwohl mehr als 80 Prozent der EU-Bürger keine Gentechnik auf ihren Tellern wollen, steht die Genmais-Sorte 1507 kurz vor der Zulassung. In Deutschland ist der Unmut besonders groß. Die Regierung aus Union und SPD plant nun ein Anbauverbot – was aber nicht heißt, dass deutsche Verbraucher keinen Kontakt mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln mehr hätten.
Quelle: Deutschlandfunk
9. **Die Grenzen der Meinungsfreiheit**
Ein Vater empört sich im Netz über Santander – nun muss er Schadenersatz zahlen
Eigentlich war es nur ein Spendenlauf für Schulen, eine Charity-Aktion organisiert von der Santander Bank: Pro teilnehmenden Schüler spendet die Bank zehn Euro für einen guten Zweck. Dass sein Sohn bei der Aktion mitlaufen sollte, passte Thomas Wasilewski aber gar nicht. Den Familienvater störte, dass sein 11-jähriger Sohn mit dem Lauf-Shirt der Santander Bank durch die Stadt lief und so nebenbei für sie Werbung machte. „Das konterkariert meine Erziehung. Mein Sohn sollte sich nicht dafür engagieren", fand der Vater. Auf dem Blog des Netzwerks „scharf links" machte

er seinem Ärger Luft: In einem scharfen, polemischen Artikel veröffentlichte er seine Meinung im Netz und ging die Bank dabei hart an.
Mit seiner Meinung traf er die Bank an einem empfindlichen Punkt: Zwei Tage nach der Veröffentlichung im Netz erhielt er eine Schadensersatzforderung der Santander Consumer Bank.[…]
Weil der Artikel auf Google gefunden werden könne und man einen Shitstorm befürchtete, habe man schnell handeln müssen. Der Artikel wurde von der Seite genommen. Die Schadensersatzforderung in Höhe von 1800 Euro hat Thomas Wasilewski noch nicht gezahlt. Er hat aber inzwischen eine Unterlassungsverpflichtungserklärung abgegeben.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

10. **Europawahl: So haben GewerkschafterInnen gewählt**
Die SPD liegt wie bei der Europawahl 2009 bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen vorn. Mit einem Stimmenanteil von 36,9 Prozent konnte sie ihr Ergebnis um drei Prozentpunkte verbessern. Anders ist das Bild in einzelnen Altersgruppen. Bei den unter 30-jährigen liegt die Union mit 32,4 Prozent auf Platz 1. Besonders groß ist der Zuspruch für die SPD bei den über 60-Jährigen mit 50,0 Prozent. Dagegen sinkt die Attraktivität der AfD mit dem Alter – von 9,5 Prozent bei den unter 30-Jährigen auf 4,2 Prozent bei den über 60-Jährigen. Groß sind nach wie vor die Unterschiede im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder zwischen Ost- und Westdeutschland. Anders als im Westen bleibt die Linke im Osten mit einem Stimmenanteil von 25,1 Prozent knapp vor der SPD (24,5%). Gegenüber 2009 konnte die SPD im Osten aber fünf Prozentpunkte zulegen, während die Linke sechs Prozentpunkte verloren hat. Einen Trend vergangener Wahlen bestätigt auch die Europawahl 2014: Gewerkschaftsfrauen wählen eher grün als ihre männlichen Kollegen (Frauen: 13,8%, Männer: 8,3%), während letztere immerhin zu 7,6 Prozent AfD wählten (Frauen: 4,8%).
Quelle: DGB
11. **Piketty Hype im „Ökonomischen Alphabetsierungsprogramm“ des pad-Verlags**
“Der französische Ökonom Thomas Piketty hat mit seinem viel diskutierten Buch „Capital in the Twenty-First Century“ die langfristige Entwicklung von Einkommen und Vermögen in mehreren westlichen Ländern untersucht.
Mit einer umfangreichen Datensammlung weist er nach: wenn Profite und Einkommen größer sind als das Wachstum der Wirtschaft, verstärkt sich die gesellschaftliche Ungleichheit. Mit zwei neuen Veröffentlichungen in unserem „Ökonomischen Alphabetsierungsprogramm“ in Zusammenarbeit mit dem LabourNet Germany beschäftigen wir uns mit der z.Zt. nur auf französisch und englisch erhältlichen 8oo-Seiten-Studie und stellen sie in den Zusammenhang bundesrepulikanischer

Einkommens- und Vermögensverteilung."
Aus der Ankündigung des Verlages (pad-verlag – Am Schlehdorn 6 – 59192 Bergkamen / pad-Verlag@gmx.net) Siehe:

a. **Albert F. Reiterer: Der Piketty-Hype – „The great U-Turn". Piketty's Kapital und die neoliberale Vermögenskonzentration**
Thomas Piketty hat mit seinem viel diskutierten Buch „Capital in the Twenty-First Century" die langfristige Entwicklung von Einkommen und Vermögen in mehreren westlichen Ländern untersucht. Mit einer umfangreichen Datensammlung weist er nach: wenn Profite und Einkommen größer sind als das Wachstum der Wirtschaft, verstärkt sich die gesellschaftliche Ungleichheit. Der vorliegende Text ist mehr als eine Rezension seiner Arbeit.
Siehe zur Broschüre:
   1. Prospekt samt Inhaltsverzeichnis (pdf)
   2. Vorbemerkung und "Von Pareto über Kuznets zu Piketty: Daten, Theorien und Realität" als exklusiver Textauszug (pdf)

b. **Heinz-J. Bontrup: Pikettys Kapitalismus-Analyse. Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden**
Der vorliegende Text stellt Pikettys Analyse in den Zusammenhang bundesrepublikanischer Einkommens- und Vermögensverteilung und Ungleichheitsdebatten. „… nach seinem Buch und der auf Fakten beruhenden langfristigen empirischen Beweisführung (kann) endgültig niemand mehr behaupten, der Kapitalismus sei ein auf Leistung basierendes gerechtes Wirtschaftssystem. Die Linken wußten das schon immer, dass dies falsch ist. Hoffentlich akzeptieren dies jetzt endlich auch die Rechten und die Liberalen um wirklich eine bessere Welt für alle zu schaffen." (Heinz-J. Bontrup)
Siehe zur Broschüre:
   1. Prospekt samt Inhaltsverzeichnis (pdf)
   2. Vorbemerkung und " Verteilungsrealität in Deutschland" als exklusiver Textauszug (pdf)

12. **M. Rosenbach – Der NSA-Komplex**
Nach den Enthüllungen Edward Snowdens ist es nun recht still um den "Wistleblower" geworden. Seine Erkenntnisse haben allerdings nichts an Brisanz verloren. Steuern wir auf eine Überwachungsgesellschaft zu? Unser Thema am 8. Juni in "Fragen an den Autor".
Quelle: SR2 Fragen an den Autor [Audio, MP3]
13. **Vom großen Reichtum in den Händen einer kleinen Schicht**
Deutschland ist ein reiches Land, ein sehr reiches Land, ein Land, das ständig reicher wird. Doch wer profitiert davon, wem fällt der wachsende Reichtum zu? Dieser Frage

geht der Journalist Jens Berger in seinem neuen Buch „Wem gehört Deutschland? Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen“ nach. […]
Berger hat ein engagiertes Buch verfasst. Es ist aufklärender Journalismus von seiner besten Seite – faktenreich, einordnend, aber trotzdem locker und spannend geschrieben. Vor allem aber ist das Buch ein Weckruf an alle, die sich mit der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich resignierend abgefunden haben.
Quelle: Aachener Nachrichten [PDF]